

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf.

Verleger: H. G. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Zusätze werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Insertionspreis 15 Pf. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pf. Zeitrubender und tabellarischer Satz mit 50 % Zuschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charand.

Verlag für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Brannsdorf, Buchardtswalde, Grotzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Heiligsdorf, Preßgowsdorf mit Sandberg, Pignow, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Kanpersdorf, Kurbach, Lohsen, Mohorn, Müllers-Rothschänke, Ranzig, Reufirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Obergermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rothschönberg mit Bernau, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshausen, Taubenheim, Ufersdorf, Weiskirch, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schünke, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schünke, für den übrigen Teil: Johannes Krzig, beide in Wilsdruff.

No. 68.

Sonnabend, den 19. Juni 1909.

68. Jahrg.

Die Reichsfinanzreform vor dem Reichstage.

Das Haus ist gut, sämtliche Tribünen sind vollbesetzt. In der Hofloge ist Prinz August Wilhelm von Preußen mit Gemahlin anwesend. Am Bundesratsstische sind Fürst Bülow, Sydow, v. Bethmann-Hollweg, v. Rheinbaben, Dernburg, Delbrück. — Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der neuen Steuergezetzwörter (Erbfallsteuer, sowie Novelle zum Reichsstempel- und zum Wechselstempelgesetz). Das Wort nimmt sofort Reichskanzler Fürst v. Bülow. Er wendet sich gegen die Auffassung, als hätten die verbündeten Regierungen das Zentrum von der Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform ausgeschlossen. Die Regierung habe sich niemals abziehend gegenüber Zentrumsanträgen verhalten, außer wenn Bedenken gegen die Anträge vorlagen, sowie beim Antrag Herold und bei dem Kompromissantrag. Er habe nie eine Partei an der Arbeit verhindert und würde sogar die Unterstützung der äußersten Linken annehmen, wenn sie aus ihrer rein negativen Haltung heraustrete. Einzelne Mitglieder der Zentrumspartei hätten ungerechtfertigte Angriffe gegen ihn gerichtet. Der Reichskanzler hofft, daß der politische Takt sich bei uns bessern werde. Er werde sich aber nicht bewegen lassen, die Geschäfte so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden, wenn er auch nicht daran denke, das Programm der Linken anzunehmen. Auch Bismarck habe die Bedeutung der Liberalen nicht verkannt. Die Ausschaltung der liberalen Ideen würde er für ein Verbrechen und einen politischen Fehler halten. Fürst Bülow wendet sich dann gegen den Doktrinismus der Liberalen, der sich besonders in vielen Steuerfragen geltend gemacht habe. Man könne noch vor 20 Jahren ein prinzipieller Gegner der indirekten Steuern gewesen sein, dürfe es aber heute, nach einer zwar günstigen politischen, aber ungünstigen finanziellen Entwicklung nicht mehr sein. Wenn die Erhöhung der indirekten Steuern notwendig sei, so betrachten es die Regierungen als eine Notwendigkeit, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen werde. Dann wendet sich der Reichskanzler gegen die Rechte, deren Forderung er eher eingehenden Beleuchtung unterzieht. Er verweist darauf, daß er die Kanalfrage wieder eingereicht habe und stets für die Bedürfnisse der Landwirtschaft eingetreten sei. Die Konservativen könnten lange darauf warten, einen Reichskanzler wieder zu kommen, der so konsequent und erfolgreich ihre berechtigten Interessen vertrete. Aber von der Seite, die ihm vorgeschrieben sei, würden ihn die Konservativen nicht abdrängen. Nach seinem politischen Empfinden schaden sich die Konservativen nur selbst, wenn sie sich gerechten Forderungen verschließen. Die Regierung könne nicht zum Geschäftsführer der konservativen Partei werden; durch ihre eigene Schuld grabe sich die konservative Partei ihr eigenes Grab. Durch ihre Unannehmlichkeit werde sie die Erbschaftsteuer in diesem Augenblicke vielleicht zu Falle bringen, aber dadurch für ihre neue Zukunft neue Erbschaftsteuern nicht verhindern können, welche den konservativen Wünschen weit weniger Rechnung tragen. Er werde Steuerdorschläge nicht vertreten, welche Handel und Gewerbe schwer schädigen. Die Finanzreform könne nur zustande kommen, wenn die Beschlüsse des Reichstages sachlich vertreten seien. Zum Schluß bemerkte der Reichskanzler zu den Demissionserklärungen: „Ich bleibe, solange der Kaiser glaubt, daß meine Mitwirkung in der äußeren und inneren Politik nützlich ist für das Reich und solange ich selbst nach meiner politischen Überzeugung und Beurteilung der Sachlage glaube, nützlich wirken zu können. Den großen Aufgaben der Finanzreform ordne ich selbstverständlich meine Person völlig unter. Wenn ich mich überzeugen sollte, daß meine Person der Sache entgegensteht, daß ein anderer leichter zum Ziele gelangt, oder wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will, so wird es mir dann auch möglich sein, den Träger der Krone von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen.“

Diese Worte riefen lebhafteste Bewegung im Hause hervor, überall bildeten sich Gruppen von Abgeordneten, so daß die ersten Worte des nun beginnenden Schachfelders Sydow völlig verloren gingen. — Schachfelders

Sydow übt zunächst Kritik an den Besitzsteuerbeschlüssen der Finanzkommission, so vor allem an der Kotierungssteuer, die eine durchaus ungerechte Steuer sei. Auch weite Kreise kleiner Leute würden von ihr getroffen werden. Auch gegen die Mägenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll äußerte sich Redner mit Entschiedenheit, um sozahn die neuen Steuerdorschläge eingehend zu befrworten. Als letzter Redner des Tages sprach der National-Liberale Doffermann. Er erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie geschlossen für eine Besteuerung der an Besizenden und Ehegatten in unerblicher Ehe fallenden Erbschaften stimmen werde.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 18. Juni.

Deutsches Reich.

Zur diesjährigen Nordlandsreise des Kaisers werden wiederum eine Anzahl Gelehrter und Künstler Einladungen erhalten, doch soll die Zahl der Gäste des Kaisers auf der „Hohenzollern“ diesmal eine nur sehr beschränkte sein. In gut unterrichteten Kreisen erhält sich ferner die Ansicht, daß anlässlich der bevorstehenden Reise eine Begegnung des Kaisers mit dem König Haakon geplant wird, doch sollen definitive Beschlüsse nach dieser Richtung noch nicht gefaßt sein.

Die Monarchenbegegnung in den finnischen Schären.

Die Kaiserbegegnung in den Schären wird, wie der „Vol-Anz“ meldet, von der russischen Presse mit auffallender Reserve behandelt, übrigens gar kein unerwartetes Faktum nach den vorhergegangenen geschäftigen und verbitterten Auslassungen. Schon gelegentlich des Bekanntwerdens der Entree zeigte sich die Angst vor einer politischen Umgruppierung. Die „Nowoje Wremja“ schweigt das Ereignis einfach tot. Der „Reichsich“ schreibt: „Der politische Charakter der Begegnung ist unverkennbar. Darauf deutet schon Stolypins Anwesenheit hin, der im Auslande als Anhänger der Triple-Entente bekannt ist. Dätte er als leitender Staatsmann der Sitzung bezüglich der Anexion Bosniens und der Herzegowina beigewohnt, würde das Resultat wahrscheinlich nicht das gewesen sein, daß Rußland dem deutschen Einfluß gewichen wäre. Danach sei Kaiser Wilhelms Wunsch begreiflich, persönlich den Mann kennen zu lernen, der als Gegner einer Rückkehr in deutsche Fahrwasser gilt.“ Dem „Slovo“ ist vom Friedensstandpunkte, den Rußland wie alle Mächte schätzen, Entree ein Symptom für die politische Lage. „Wirschiwja Bedomosti“ äußert, die Entree bedeute ein großes politisches Ereignis, von dem hänge das künftige Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland ab, das in den letzten 40 Jahren sehr schwankend gewesen sei. Die „St. Petersburger Zeitung“ begrüßt Kaiser Wilhelm im Namen der Kultur und des Friedens. Der „Herold“ sagt: Bei der feindseligen Stellung der russischen Gesellschaft zur heutigen Entree, die sich in verschiedenen Presseorganen wieder spiegelt, können nur Optimisten von tieferen Spuren dieser Begegnung träumen.

Bei der Ankunft auf der „Hohenzollern“ wurde Kaiser Nikolaus mit der Kaiserhymne empfangen. Als Kaiser Wilhelm zum Gegenbesuch auf dem „Standart“ erschienen, spielte die Musik die „Wacht am Rhein“. Der Besuch des Kaisers Nikolaus an Bord der „Hohenzollern“ dauerte eine halbe Stunde. Bald nachdem der Kaiser an Bord des „Standart“ zurückgekehrt war, erwiderte Kaiser Wilhelm den Besuch.

Keine Vertagung des Reichstages.

Die Andeutung der „Liberalen Korrespondenz“ über eine Vertagung der endgültigen Regelung der Reichsfinanzreform bis auf den Herbst sind, wie die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt, lediglich als private Kombinationen anzusehen; die verbündeten Regierungen haben sich mit dem Gedanken einer Vertagung nicht beschäftigt.

Der Mollke-Harden-Prozess erledigt.

Wie erinnerlich, lag bei der letzten Verhandlung des Mollke-Harden-Prozesses eine Vereinbarung der beiden

Parteien vor, durch die der zwischen ihnen schwebende Streit beglichen wurde. Das Gericht kam trotzdem zu einer Beurteilung, da die Anklage auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgt war. Nachträglich erklärte dann Harden, daß er gegen das Urteil Revision einlegen werde, da sich Graf Mollke in der Verhandlung nicht auf den Boden der Vereinbarung gestellt habe. Jetzt ist abermals eine — und diesmal eine endgültige — Verhandlung in dieser Affäre eingetreten. Graf Mollke hat Herrn Harden erklärt, daß er nach wie vor auf dem Boden der Vereinbarung stehe und es bedauere, wenn sein Verhalten in der Verhandlung eine andere Deutung zugelassen habe. Dadurch ist nunmehr auch Herr Harden befriedigt und er hat bereits die beim Reichsgericht eingelegte Revision zurückgezogen. Das letzte Strafammerurteil wird dadurch rechtskräftig und die Affäre Mollke-Harden ist somit als erledigt zu betrachten. Es ist nur zu bedauern, daß die Angelegenheit sich so lange hinziehen konnte, ehe sie dieses wohlverdiente Ende nahm.

Der Nord in der deutschen Gesandtschaft zu Santiago.

Die Verhandlung gegen den Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Santiago, Becker, der der Ermordung des Gesandtschaftsportiers, sowie der Brandstiftung usw. beschuldigt wurde, hat nach einer der „Voss. Ztg.“ zugehenden Mitteilung mit der Beurteilung des Angeklagten zum Tode geendet. Becker stellte auch während der Verhandlung jede Schuld in Abrede, wurde aber durch die vorliegenden Indizien für hinreichend überführt erachtet. Das Urteil an Becker wird vermutlich nicht vollstreckt, sondern auf dem Gnadenwege in lebenslänglichen Kerker umgewandelt werden.

Ausland.

Die Opiumsuche in Frankreich.

Auch in Frankreich geht die Behörde jetzt energisch gegen die Unsitte des Opiumrauchens vor, die sich ebenso wie in Toulon und anderen Kriegshäfen aus den ostasiatischen Kolonien Frankreichs eingeschlichen hat und aus den Marinestreifen auf der Brücke der Halbwelt nun auch in die Zivilbevölkerung einzudringen droht. Die Kriminal-polizei hatte in diesen Tagen die Gewißheit erlangt, daß zahlreiche Halbweltlerinnen in ihren Wohnungen Opiumhöhlen eingerichtet hatten, weshalb auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vom 1. Oktober 1906, betreffend Hausdurchsuchungen bei derartigen Personen vorgenommen wurden. Bei zehn Halbweltlerinnen wurden Opiumrauchmaterial und Opium vorgefunden und mit Beschlag belegt. Die Besitzherinnen werden gerichtlich verfolgt werden.

Prinz Georg als Unheilverkünder.

Prinz Georg von Serbien erhielt einen Brief, in welchem er ersucht wird, seinen Vater aufmerksam zu machen, daß das Ende der Dynastie bald eintreten werde, wenn er seine Beziehungen zu den Beschwörern fortsetzen wolle. Unterzeichnet, so meldet eine Depesche der „A. B.“, war der Brief: „Offiziere der Garnisonen Piro und Branja“. Prinz Georg schickte den Brief seinem Vater mit folgender Bemerkung: „Da dieser Brief aus dem Kreise Deiner Offiziere stammt, so sende ich Dir denselben mit der Bitte, im Interesse der Dynastie nun endlich mit den korrupten Beschwörern ein Ende zu machen. Du hast keine Ahnung, welche Gärung im Volke gegen Dich besteht, und wenn du so weiter handelst, dann sind unsere Tage gezählt.“

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Lokalkreise für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 18. Juni.

— **Rundgebungen des sächsischen Mittelstandes zur Reichsfinanzreform.** Am Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr werden auf Anregung der Mittelstandsvereinsung im Königreich Sachsen die Vorstände sämtlicher großen Landes-Organisationen des Mittelstandes im „Königlichen Haus“ zu Leipzig sich versammeln,